

A n t r a g

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Photovoltaikanlagen für landeseigene Immobilien

- I. Die Landesregierung wird gebeten, den Landtag über den Stand der Ausstattung landeseigener Immobilien mit Photovoltaikanlagen zu informieren.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 1. alle geeigneten Dächer landeseigener Immobilien unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit und der Finanzierbarkeit bis Ende 2021 mit Photovoltaikanlagen in Eigenregie und ausgelegt auf den Eigenverbrauch im Gebäude oder räumlicher Nähe und unter Einsatz von Speichern nachzurüsten und bei allen Neubauten ab 2016 Photovoltaikanlagen zu berücksichtigen,
 2. sich bei den Landesgesellschaften und bei den Eigentümern langfristig gemieteter Gebäude dafür einzusetzen, alle geeigneten und wirtschaftlich sinnvoll nutzbaren Dächer bis Ende 2020 mit Photovoltaikanlagen nachzurüsten und bei allen Neubauten ab 2016 Photovoltaikanlagen zu berücksichtigen.
- III. Die Landesregierung wird gebeten, dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz im ersten Quartal 2017 Bericht über die Umsetzung zu Nummer II zu erstatten.

Begründung:

Die Umgestaltung des Stromsektors ist unabdingbar für das Gelingen der Energiewende, da er mehr als 40 Prozent der gesamten bundesdeutschen klimarelevanten Kohlendioxid-Emissionen auf sich vereinigt und von ihm stets Weichenstellungen für die Ausgestaltung des Gesamtsystems ausgehen. Dies gilt auch in Zukunft, da künftige Überschüsse erneuerbaren Stroms in anderen Energiesektoren genutzt werden können.

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, im Jahr 2020 rund 60 Prozent des im Land erzeugten Stroms über erneuerbare Energien zu gewinnen. Neben einem erheblichen Anteil aus Windkraft liegt ein wichtiges Potenzial in der Photovoltaik, also der direkten Umwandlung von Sonnenlicht in elektrische Energie.

Der Freistaat Thüringen ist Eigentümer von etwa 1.000 Gebäuden. Diese Gebäude können die Basis für die Vorbildwirkung des Freistaats bei der Nutzung erneuerbarer Energien sein. Durch ein verstärktes ener-

giepolitisches Engagement des Freistaats selbst wird die bessere Nutzung der Technologie verdeutlicht. Gleichzeitig wird damit ein wichtiger Beitrag zur Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung geleistet.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Blechschmidt

Marx

Rothe-Beinlich